

Sitzung vom 29. November.

Vom Syn. Haupt-Halle ist folgender Antrag eingegangen: Die Generalsynode begrüßt die seit 1893 auf Herstellung der kritischen Luther-Ausgabe verwendete Arbeit, bedauert aber gleichzeitig den langsamen Fortgang der Arbeit und richtet an den Evangelischen Oberkirchenrat die Bitte, an zuständiger Stelle mit aller Kraft dafür einzutreten, daß das Werk möglichst schnell zu Ende geführt werde.

Der Entwurf eines Kirchengesetzes, betr. die Aenderung des § 45 der Synodal-Ordnung wird in zweiter Verathlung ohne Debatte angenommen. Nach dem Gesetzentwurf erhalt der § 45 am Schlusse folgenden Zusatz: „Für Wahlkreise, in denen die Wahl durch die vereinigten Kreis synoden des Verbandes mit besonderen Unzutruglichkeiten verknüpft ist, kann auf Antrag einer oder mehrerer Kreis synoden des Verbandes durch ein von der Provinz synode zu erlassendes Statut die Wahl der von dem Wahlkreise in die Provinz synode zu entsendenden Abgeordneten nach einem regelmäßigen Wechsel auf die einzelnen Kreis synoden des Wahlkreises vertheilt werden. Das Statut bedarf zu seiner Gültigkeit der Bestätigung des Evangelischen Oberkirchenraths.“

Genehmigt wird der Entwurf eines Kirchengesetzes, betr. einige Abänderungen des Emeritengesetzes. Eine Mittheilung des Evangelischen Oberkirchenraths betrifft den Ertrag der alljährlich in der Weihnachtzeit abgehaltenen landeskirchlichen Kollekte für den Jerusalemverein. Der Ertrag der Kollekte hat ergeben 1894 32 885 Mark, 1895 29 382 Mark, 1896 36 007 Mark. — Zur Annahme gelangt eine vom Syn. König vorgeschlagene Erklärung, in welcher die Synode ihre tiefe Ergreifenheit über die armenischen Grenz und die Opfer der Verfolgung der christlichen Vornehmigkeit empfindet.

Es folgte die Mittheilung des Evangelischen Oberkirchenraths betr. die Beschlüsse der Generalsynode wegen Beschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten. Die Generalsynode von 1891 hatte Beschlüsse gefaßt, nach denen die sogenannten geschlossenen Gesellschaften bezüglich ihrer Vergnügungen denselben Beschränkungen unterworfen werden sollen, denen die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten unterliegt, die Anzehung der der polizeilichen Genehmigung bedürftigen Tanzvergünstigungen am Sonnabend über 12 Uhr Nachts hinaus in der Regel nicht gestattet und die Theilnahme der Jugend unter 16 Jahren an solchen Vergnügungen untersagt wird. — Auf gleichem Gebiete hatte die außerordentliche Generalsynode vom Jahre 1893 beschlossen, den Evangelischen Oberkirchenrath zu bitten, daß er für den in Aussicht genommenen Fall einer Abänderung des Vereinsgesetzes dahin wirke, daß dem Mißbrauch des Vereinsrechts zur Umgehung der notwendigen obrigkeitlichen Aufsicht über die Lustbarkeiten vorgebeugt werde. — Der Evangelische Oberkirchenrath bemerkt nun zu diesem Thema: Hinsichtlich der Vergnügungen der geschlossenen Gesellschaften enthalten die Vorschriften der Art. 3, 5 Abs. 2, 6 und 6 der Novelle zur Gewerbeordnung vom 6. August 1896 wesentliche Fortschritte im Sinne jenes Beschlusses; die Beschränkung der Lustbarkeiten am Abend des Sonnabends durch polizeiliche Verordnungen werde vielfach angestrebt, und was endlich die Theilnahme der Jugend unter 16 Jahren an öffentlichen Tanzvergünstigungen betrifft, so habe der Evangelische Oberkirchenrath ein Zirkular an sämtliche Konsistorien erlassen. Der Beschluß von 1894 gehe von der Voraussetzung einer Abänderung des Vereinsgesetzes aus. Abgesehen davon, daß diese Voraussetzung nicht eingetreten sei, habe es als aussichtslos erscheinen müssen, in dem Rahmen des im Frühjahr d. Js. seitens der königl. Staatsregierung vorgelegten Entwurfes eines das Vereinsrecht abändernden Gesetzes die Anträge der Generalsynode zur Geltung zu bringen.

Die Synode drückt in einem Beschlusse dem Evangelischen Oberkirchenrath den Dank für die von ihm unternommenen Schritte aus und fordert ihn an, seine Bemühungen zu geeignet erscheinender Zeit bei der königl. Staatsregierung fortzusetzen.

Es folgt ein vorliegender Antrag der Posen-
schen Provinzialsynode: „Synode erkennt in der
zunehmenden Errichtung von Restaurationen und
der Konfessionierung von Schankplätzen einen Haupt-
grund der überhandnehmenden Demoralisation
der Massen und bittet, bei der königlichen Staats-
regierung auf Beschränkung dieser Konfessionen
hinzuwirken.“

Referent ist Konfissorialrath Dr. Borgius-Pöfen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Brauntweinsucht sich in der großen Zahl der Säuertheit zeige, die bei den Statistiken über die Injassen der Gefängnisse festgestellt werde. Charakteristisch sei es, daß ein Mann, der Schwindelerannonen über ein angebliches Mittel gegen die Trunksucht erlicke, kolossale Summen einnehme, weil er von den Familien geradezu überlaufen werde. Furchtbar seien die in vielen Nothkrän gegebenen Schilderungen von den Verheerungen, die das Vöster der Trunksucht anrichte. Ungemein schwer sei es, diese Materie geseich zu regeln. Referent empfiehlt folgenden Besatz: „General-synode ersucht den Evangelischen Oberkirchenrath, mit der königlichen Staatsregierung bezw. den Organen der Reichsregierung zu dem Zweck in Verbindung zu treten, daß mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln eine Verminderung der Gaste und Schaftwirtschaften ins Auge gefaßt werde.“

Reg.-Präsident Hegel (Gumbinnen) beantragt, dem Antrage des Referenten hinzusetzen: „insbesondere in den großen Städten“

Der Referent zieht seinen Antrag zurück und ersetzt ihn durch einen Antrag, welcher vorschlägt, den § 33 der Gewerbeordnung dahin zu ändern, daß den Bundesregierungen die Befugniß gegeben werde, die Erlaubniß zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft auch in Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern vom Nachweise des Bedürfnisses abhängig zu machen.

Syn. Born nimmt nunmehr den ersten Antrag des Referenten als seinen eigenen wieder auf.

Nachdem Hrn. Engelbert - Duisburg und Superintendent Holzheuer für eine derartige Kundgebung gegen die Trunksucht und Wöllerei gesprochen, gelangt der Antrag Born mit dem Zufalle des Hrn. Hezel zur Annahme.

Der Vegenstand der Tagesordnung ist ein längerer Antrag der rheinischen Provinzialsynode betreffend die Revision der Eidesgesetzgebung. Die Provinzialsynode empfiehlt für eine solche Revision folgende Vorschläge: 1. Behuts Verminderung der Eide: a) daß in derselben Prozehssache ein Zeuge nur einmal zu vereidigen sei; b) daß bei Geschworenen nur eine einmalige Verpflichtung für die Dauer der ganzen Sitzungsperiode stattfinde; c) daß der Off-nungsbericht sowie die eidesstattliche Erklärung befristigt und durch eine einfache, kraftredlich geschützte Versicherung ersetzt werde; vor allen Dingen d) daß, wenn irgend angänglich, der Eid in Bagatellesachen, also etwa in dem Verfahren vor den Amtsgerichten und Schöffengerichten, gänzlich abgeschafft und durch die vorerwähnte einfache Versicherung der Wahrheit abgelöst werde. — 2. Zur Sicherstellung der Heilighaltung des Eides: a) daß der Vorred durch den Nachred ersetzt werde; b) daß bei der Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen in derselben Weise wie bei derjenigen von Schöffen und Geschworenen verfahren werde, indem der Richter die erfahrungsmäßig häufig mißverstandene Eidesformel langsam und deutlich vorliest, worauf der Eidespflichtige antwortet: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“; c) daß bei dem Parteieneid durchweg und nicht bloß bei einer Eidesnorm von großem Umfang nach Maßgabe des § 444 Abs. 2 Ziv.-Pr.-O. zu verfahren sei; d) daß bei dem Parteieneid der Richter in bedeutlichen Fällen befragt sein solle, eine Eidesvermehrung durch den Geistlichen herbeizuführen.“

Nach längerer Debatte gelangt folgender Antrag des Syn. Dr. Foerster zur Annahme: Generalynode beargbt bei ihren Beschläffen von 1891 und 1894 und überweist die vorliegenden weiteren Anträge der rheinischen Provinzialsynode als Material der Kirchenregierung.

Schluss der Sitzung 4³/₄ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr.

Der Landwirthschaftsminister hat an jän

Der Landwirtschaftsminister hat an sämtliche Landwirtschaftskammern, an den Zentralsausausschuß der königlichen Landwirtschaftsgesellschaft zu Hannover, an den Vorstand des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Westfalen und Lippe zu Münster i. B., an das Präsidium des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen zu Bonn und an die Centralstelle des Vereins zur Beförderung von Landwirtschaft und Gewerbe in Hohenollern zu Sigmaringen, einen Erlass, betr. die ländlichen Fortbildungsschulen, gerichtet, dem Folgendes zu entnehmen ist: Allerhöchst ist durch die Regierungspräsidien eine Uebersicht über den Stand der im Regierungsbezirke vorhandenen ländlichen Fortbildungsschulen während des abgelaufenen Rechnungsjahres aufzustellen und bis zum 1. Juni i. J. an das Ministerium einzureichen. Der Uebersicht ist ein bestimmtes Formular zu Grunde zu legen, worin nicht nur die durch Staatsmittel unterstützten, sondern alle ländlichen Fortbildungsschulen aufzunehmen sind. Vom nächsten Rechnungsjahre ab soll den zuständigen Stellen auf ihren Antrag zur Bewilligung von Staatsbeihilfen an ländliche Fortbildungsschulen ein Kredit zur Verfügung gestellt werden. Bei Einreichung der Uebersicht ist die Höhe der hierzu erforderlichen Summe zu bezeichnen und kurz zu begründen. Bei der Bewilligung der Staatsbeihilfen sind folgende Bestimmungen zu beachten:

1. Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß die Errichtung und Unterhaltung der ländlichen Fortbildungsschulen den beteiligten Interessenten, bezw. den Gemeinden oder weiteren Kommunalverbänden obliegt. 2. Soweit der Mittel zur Befreiung der entstehenden Ausgaben nicht ausreichen, kann eine staatliche Beihilfe gewährt werden, die nach dem Grade des Bedürfnisses abzumessen ist. 3. Die Staatsbeihilfe soll höchstens $\frac{2}{3}$ der durch Schuldzins nicht gedeckten Ausgaben betragen. Hierbei sind aber die für Hergebe, Heizung, Beleuchtung und Weinhaltung des Schullekals erforderlichen Aufwendungen, die unter allen Umständen von den Gemeinden bezw. Interessenten vorweg zu übernehmen sind, unberücksichtigt zu lassen. 4. Bei Abmessung der Staatsbeihilfen ist es zulässig: a) als Lehrerhonorar je nach den örtlichen Verhältnissen 1 bis 1,50 Mark für jede Stunde; b) für Lehr- und Vermittelte einschließlich der Bibliothek bis 2 Mark für jeden Schüler und, sofern der Betrag von 20 Mark nicht erreicht wird, diese Summe; c) für Auszeichnungen fleißiger Schüler durch Gewährung von Prämien 50 Pf. für jeden Schüler, als Mindestbetrag ohne Rücksicht auf die Schülerzahl 10 Mark in Ansatz zu bringen.

Die bereits früher als zweckmäßig bezeichnete Bildung von Kuratorien als organische Einrichtungen des ländlichen Fortbildungsschulwesens ist anzuführen. Es wird sich empfehlen, hierbei von der Bildung der Kuratorien für den Umfang eines Kreises auszugehen und zunächst derartige Organe zu schaffen, wo das ländliche Fortbildungsschulwesen schon festen Fuß gefaßt hat. Solche für den Kreis einzurichtende Kuratorien werden zweckmäßig aus dem Landrathe als Vorsitzenden, aus dem Kreisstudieninspektor und einigen angesehenen und für die Sache der ländlichen Fortbildungsschulen interessirten Landwirthen zusammen zu setzen sein. Daneben wird die Einrichtung von Ortskuratorien ins Auge zu fassen sein, welche unter Theilnehmung des oder der Ortsgeistlichen, der Lehrer und von Vertretern der Gemeinde sich werden bilden lassen. Die Beschränkung der zur Verfügung stehenden Fonds gestattet indessen zur Zeit nicht, für die Kuratorien Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, so daß bei der Einrichtung solcher Organisationen auf die ehrenamtliche Theilnahme der Hingezogenen gerechnet werden muß. Durch die vorstehende Regelung der Angelegenheit tritt nicht nur eine Vereinfachung im Geschäftsgange ein, sondern es wird den in Betracht kommenden Stellen auch eine größere Selbstständigkeit bei der Bewilligung der Staatsbeihilfen und somach ein größerer unmittelbarer Einfluß auf die Gestaltung und Entwicklung der ländlichen Fort-

bildungsschulen eingeräumt. Es steht zu hoffen, daß es vermöge dieser Einrichtung gelingen wird, die Errichtung und Entwicklung, sowie Erhaltung der ländlichen Fortbildungsschulen in angemessener Weise mit den verfügbaren Mitteln zu fördern.

einen sich ruhiger zu gestalten, der geistig

Heinen sich ruhiger zu gestalten, der gestrige Tag ist in Wien in vollkommener Ruhe verlaufen. Was die Politiker sind an der Arbeit. Mittags empfangt der Kaiser das Präsidium des Abgeordnetenhauses, doch beobachten die in Audienz empfangenen Persönlichkeiten über die Anwesenheiten des Monarchen abgesehenes Stillschweigen. Vormittags erregte das Bekanntwerden der Thatsache allgemeine Freude, daß die Unterjuchung gegen den Abgeordneten Wolf vollständig niedergeschlagen worden ist. Auch wurden alle im Laufe der letzten drei Tage verhafteten Studenten freigelassen. Die Vorlesungen an der Universität nahmen gestern bereits ihren regelmäßigen Fortgang. In den Abendstunden wurden mehrere Straßen in den einzelnen Bezirken illuminiert. In sämtlichen Bezirken fanden Arbeiterversammlungen statt, in welchen der Sturz Badi'n's als ein Sieg der sozialistischen Abgeordneten gefeiert wurde. Nach den Versammlungen erfolgten Umzüge mit Sanktions durch die Bezirke.

Eine große Anzahl Professoren aller Fakultäten beschloß eine Kundgebung an beide Häuser des Reichsraths, worin energisch Protest erhoben wird gegen die Vergewaltigung des Deutschlands und der parlamentarischen Rechte und in dem die Professoren davor warnen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren.

Im Park kam es gestern Nachmittag zu heftigen Exzessen zwischen deutschen und jesischen Studenten. Gegen 2 Uhr zogen einige hundert deutsche Studenten vom Wenzelsplatz vor das Gebäude der "Schlaraffia", um dort dem Abgeordneten Pferche Ovationen darzubringen. Als bald kam jedoch eine große Anzahl Exzellen, welche die deutschen Studenten zuerst höhnten und dann mit brutalen Schikänden vorgingen. Ein Deutscher wurde blutig geschlagen, ein zweiter erhielt einen Messerstich, ein dritter konnte nur mit Hilfe einiger herbeigeeilter Polizisten sich in einen Wagen flüchten. Die Stimmung in der Stadt ist äußerst erregt. Das Thor des deutschen Kasinos ist veramrmt. Es verlautet, daß die jesischen Studenten für Abend weitere Demonstrationen gegen die Deutschen planen.

... sich nur langsam aber sicher

entwickelt sich nur langsam, aber scheint sich für den Vertheilungen immer günstiger zu gestalten. Die Eiterhagz-Briefe, deren Echtheit zweifellos erscheint, rufen eine geradezu vernichtende Wirkung hervor. Die Dreyfus-Gegner und alle Vertheidiger Eiterhagz's sind sehr kleinlaut geworden, nur Blocher und Drumont heften sich über die unangenehme Situation durch wüste Schimpfereien hinweg. Drumont beschuldigt heute auch Mathias Dreyfus des Verraths, indem er das Märchen vom Velforter Schloß, durch welches die deutschen Truppen in Frankreich eintreten können, aufwirft.

Auf den Vorwurf, den ein Pariser Blatt der Militärbehörde wegen der Mathieu Dreyfus gewährten Erlaubniß zum Bau eines Schlosses innerhalb des Befestigungsgürtels von Belfort gemacht hatte, ist gestern eine offiziöse Erwiderung erfolgt, welche besagt, daß das betreffende Schloß innerhalb der Umfassungsmauer belegen ist und daß es zu dessen Ausführung keiner Genehmigung seitens der Militärbehörden bedurfte.

Eine Note der „Agence Havas“ giebt bekannt, daß keinerlei Verhaftung des Obersten Picquard erfolgt sei und daß demselben alle in seiner Wohnung beschlagnahmten Papiere vom General Pellucier zurückerstattet wurden.

Zur Stunde könnte Octave Mirbeau Recht haben, der in seiner Sonntagschronik im „Journal“ mit heisendem Spott eine Tischgesellschaft bei einem berühmten Manne schildert. Die Gäste wärmen ihre Zeitungsektüre auf, müßiges Gespräch voll Widersprüchen, und erregen durch ihre Geistes- und Verziöflichkeit das Erstaunen eines jungen Dichters, der mit Zola meint, Dreyfus sei vielleicht unschuldig und Scheurerkennung verdiene. ehrentheiligen Dant für die Eingebung, mit der er sich der Sache des Verurtheilten annimmt. Der Dausherr, ein großer Schriftsteller, verweist ihm diese Ansicht, welche die Unschuldbarkeit des Kriegesgerichts anzeigt, als ungenügend, als antinational, und die ganze Versammlung pflichtet ihn geräuschvoll, den Dichter verhöhrend, bei, als er in die Worte ausbricht: „Und wenn Dreyfus wirklich unschuldig wäre, so müßte er dennoch der Schuldige bleiben und Sühne thun, gleichviel ob für das Verbrechen eines Anderen. . . Es handelt sich da um Leben und Tod für die Gesellschaft und unsere bewundernswürthen Staats-einrichtungen. . . Die Gesellschaft kann sich nicht irren. . . Die Kriegesgerichte können sich nicht irren. . . Wenn Dreyfus unschuldig erkannt würde, so wäre es mit Allem aus!“

So wie dieser „berühmte Schriftsteller“, den Wirbeau nach dem Leben gezeichnet hat, denken und sprechen Viele, und an dieser Kippe könnten die uneingeschränkten Vermählungen eines Scheurestetner, wie die verzweifelte, zum Theil unvorsichtigen Schritte der Familie Dreyfus scheitern, wenn die Weise, die sie sich verschafft haben, nicht der überzeugendsten, zwingendsten Art sind. Ueber diesen Punkt wird man wahrscheinlich nun bald im Klaren sein. In dem Widerstreite der Meinungen über den guten Willen des Kriegsministers, Licht schaffen zu lassen, ist die Stimme des Zweiflers Clemenceau eine der weithin vernehmlichen. Der einst mächtige Parteimann, welcher sich wieder als Publizist hervorbrut, seitdem er fälschlich in einem neuen Platte, der „Aurore“, in skizzenhafter Kürze Gedrücke und Betrachtungen verzeichnet, fragt heute, wie man es wohl anstellen würde, wenn es beschlossene Sache wäre, die Dinge im Halbdunkel zu lassen. Nur eines, fügte er hinzu, sei klar: daß der Kriegsminister der Gesellschaft Zugränge gebe — eine alte Gewohnheit, die nichts Vermählendes in Betreff des Verfahrens habe, nach dem im Dreyfus-Prozesse gerichtet wurde.

Herzog Ernst Günther von Schleswig

Alkohol und noch mehrere Tage absoluter Ruhe bedürfen. Die Krankheit nimmt nach dem ärztlichen Berichte einen normalen Verlauf.

Bischof von Ehler zu Speier wird allen Wahrscheinlichkeit nach zum Erzbischof von Mainz ernannt werden. — Wie die „Kreuzzeitung“ steht die Ernennung des Superintendenten von Umsted zum Generalsuperintendenten der Rheinprovinz fest. Herr Ullrich, Mitglied der Generalsynode, gehört der Mittelpartei an. — Durch Kabinettsordre ist bestimmt worden, daß der bisherige **Schiffrock** und die **Vordmühe** der **Marineinfanterie** in **Fortfall** kommen. An Stelle des Schiffrockes ist die **Quenta**, anstatt der Vordmühe die **Dienstmütze** zu tragen. Anstatt ist die **Stemta** zu **Feldbeschlüssen** innerhalb der **Bataillone** und **neben dem Arbeitsrock** anzulegen. — Der kommandierende General des Garbeporps **von Winterfeld**, welcher bis vor Kurzem an den Folgen der schweren Erkrankung zu leiden hatte, die ihn vor mehreren Monaten betroffen, hat sich in letzter Zeit wesentlich erholt. Die Lähmungen sind gehoben, und der General fühlt sich so wohl, daß er sogar seine täglichen Spaziergänge wieder hat aufnehmen können. Er befindet sich auf Anraten des Professors v. Bergmann seit mehreren Wochen in der Kur bei Professor Zabludowski. — Der Regierungspräsident zu **Wien** macht bekannt, daß bei der **Eignigkeit** Zentralamtstelle für die **Ueberschweimter** bisher 938 085 Mann eingegangen sind. — Die **Urwahl** zur **Landtagswahl** zu **Nürnberg** ergaben einen **Sieg** der **Sozialisten**. Die bürgerlichen Parteien gewannen bisher vier Wahlmänner, die noch ausstehenden Ergebnisse beeinflussen das Gesamtergebnis nicht. — Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, haben die freisinnigen und demokratischen Abgeordneten der zweiten Kammer einen Antrag auf **Einführung direkter Wahlen** für den Landtag eingebracht.

30. November.

Berlin, 30. November. Die Kommission für Arbeiterkassität hat gestern unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Ministerium für öffentlichen Arbeiten Fleß zusammen. Als Kommissare des Staatssekretärs des Innern wohnten die Regierungsräte Koch und Dr. Engelmann, als Kommissar des königlich preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe der Regierungsassessor v. Meyeren und im Auftrage des Senats zu Hamburg der Fabrikinspektor Giesecke den Verhandlungen bei. Die Tagesordnung bildete die Vernehmung der Auskunftsperionen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. Ueber die Vernehmungen wird stenographisch Protokoll geführt.

— Der Reichstagsabgeordnete Richard Mörike, der seit 1889 den Vortritt im Verband der deutschen Berufsgenossenschaften führt, hat diese Stellung niedergelgt. Ueber den Grund seines Nichttritts gibt folgendes Schreiben Auskunft, das Herr Mörike an den stellvertretenden Vorsitzenden, den Schatzmeister und die übrigen Mitglieder des Verbandes gerichtet hat:

„Die Verhandlungen über die Wänderung der Unfallversicherungsgesetze und andere die Berufsgenossenschaften betreffende Fragen haben mir je länger je mehr die Ueberzeugung verschafft, daß zwischen der Mehrheit der Mitglieder unseres Verbandes und mir nicht die Uebereinstimmung besteht, welche mir zur Fortführung des Amtes des Vorsitzenden erforderlich erscheint. Ich habe mich daher entschlossen, dieses Amt mit dem 1. Januar 1898 niederzulegen. Inwiefern ich hierbon den Herrn stellvertretenden Vorsitzenden, dem Herrn Schatzmeister und den übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses sowie den Mitgliedern des Verbandes ergebenst kenntlich gebe, bitte ich zugleich meinen aufrichtigsten Dank für das Vertrauen entgegenzunehmen, welches mir bei meiner Ausernennung in reichem Maße zu Theil geworden ist. Steht werde ich mit Genugthuung auf die Zeit zurückblicken, während welcher es mir vergönnt war, an der Spitze des Verbandes für die den Berufsgenossenschaften gestellten großen und segensreichen Aufgaben thätig zu sein.“

— Der Militärschriftsteller Dr. König äußert sich in einem Buche „Der Volkskrieg an der Loire“ folgendermaßen über den früheren Reichskanzler v. Caprivi:

Der erste Lieutenant v. Caprivi besaß eine abgeschlossene Gymnasialbildung, als er in die Armee eintrat. Seine hauptsächlichsten Charaktereigenschaften sind Wohlwollen, Mithätigkeit, strenges Pflichtgefühl, Gerechtigkeitssinn, Zurückhaltung und Zähigkeit. Er kannte keine Rücksicht auf seine Person, war unermüdlich thätig und opferte sich völlig seinen Dienstpflichten. Er war frei von Vorurtheilen und hörte ruhig die Meinungen anderer, ging auf Einwände ein, konnte jede Meinung vertragen und nahm es nicht übel, wenn man auf der eigenen Ansicht beharrte. Obwohl er gut und fließend sprach, war er kein Freund des Redens. Er wußte sich schnell in fremde Gebiete einzuarbeiten. Zu Statten kam ihm hierbei seine hohe allgemeine wissenschaftliche Bildung, ein eiserner Fleiß und große Geduld. Caprivi war schon als Stabschef eine ausgereifte, in sich abgeschlossene Persönlichkeit, ausgemessen, überlegt und vorsichtig im dienstlichen und privaten Verkehr und Umgang. Er war eine nichtern angelegte Natur, doch besaß er ein kräftiges Selbstbewußtsein. Caprivi hat sich als Offizier nicht aktiv an der Politik betheiligt; er verwarf jedoch die politischen Vorgehenen mit Unparteilichkeit und war ein fleißiger Zeitungsläser, dies namentlich im Felde. Niemals hat er sich berufen geglaubt, der Nachfolger des Fürsten Bismarck zu werden; sein Ehrgeiz ging in reinemilitärischen Berufe auf. Er hat auch nicht nach dem Nachfolgerschaft Wolke's gestrebt; im Gegentheil sind zahlreiche Aeußerungen des Sinnes von ihm aus früherer Zeit bekannt, daß er Niemand um die Nachfolgerschaft beider bedauerte. Seine Grundstimmung war, daß beide unerreichbar seien. Dies sprach er dem Verfasser gegenüber noch als Reichskanzler aus."

29. November. Der

reichische Landtag nahm im weiteren Verlaufe der Sitzung einen von dem Abgeordneten Philippowitsch eingebrachten Antrag an, nach

welchem ein Ausfluß aus dem ganzen Hause gewährt werden soll zur Prüfung der Rechtsanschauung des Landmarschalls bezüglich der Behandlung von Anträgen. Die Session wurde sodann von dem Landmarschall mit einer Ansprache, in welcher er seine Haltung bezüglich der Geschäftsordnung rechtfertigte, geschlossen.

November

Brüssel, 28. November. Nach dem an die Antwerpen der belgischen Regierung über die Regelung des Scheldebettes erstatteten Gutachten des Wasserbau-Ingenieurs Franzius in Bremen sollen durch ein neues Scheldebett die vielen Störungen der Schelde beseitigt werden. Die Regierung hat diesem Gutachten zugestimmt und so soll der ursprünglich von dem Antwerpener Ingenieur Stieffels entworfene Plan jetzt zur Ausführung kommen. Das großartige Unternehmen hat aber einen Haken. Da durch die Ausführung dieses Plans nicht nur die Morbittabelle, sondern auch ein großer Theil der Felsungswälle von Antwerpen beseitigt werden, so sollen nach den Plänen des Generals Brialmont neue, umfassende Befestigungsarbeiten mit zahlreichen gepanzerten Forts angelegt werden. Gegen diese Brialmontschen „Vortheile“ hat sich in Antwerpen und im Lande, insbesondere in der herrschenden katholischen Partei eine große Bewegung erhoben. Die katholische Partei will, nachdem sie schon widerwillig die Befestigung der Maaslinie zugelassen hat, unter keinen Umständen neue Befestigungen in Antwerpen bewilligen. Der Antwerpener Gemeinderath, dem die Regierung den Plan der Schelderegelung behufs Beschlußnahme vorgebreitet hat, ist aus 20 Liberalen und 19 Christlichen zusammengesetzt. Die 19 Christlichen haben bereits einstimmig beschlossen, der Befestigung des Scheldebettes zuzustimmen, aber „ohne das militärische Anhängsel“. Der katholische Gemeinderath Van den Broeck, welcher der Spitze des ganzen Projectes ist, hat seinen katholischen Anhängern erklärt, daß die Regierung das Scheldebett nur verlegen werde, wenn die militärischen Anlagen zu gleicher Zeit und Schritt für Schritt mit ausgeführt werden. Da in der liberalen Mehrheit des Gemeinderaths der größere Theil überhaupt dem ganzen Plane feindlich gegenübersteht, so ist die Verwerfung der Regierungsvorlage, insbesondere des militärischen Anhängels nicht zweifelhaft. Die katholische Presse des Landes spricht sich unbedingt gegen die Ausföhrung der Brialmontschen Felsungsarbeiten aus. Da hierfür auch in der Kammer keine Mehrheit zu finden ist, so ist die Ausföhrung des ganzen Unternehmens ernsthaft gefährdet.

Durch die im Dezember st

Entsendungen von S. M. Ss. „Deutschland“, „Gefion“ und „Geier“ wird die Zahl von 21 im Ausland befindlichen deutschen Kriegsschiffe erreicht werden, auf welche Zahl wir bis jetzt erst einmal im Winter 1885/86 gekommen sind. Demals gekattete die politische Lage in Europa noch die kurzen Indiensthaltungen der Panzerschiffe vom 1. Mai bis Ende September, welche indessen nur wenig billiger kamen, als dauernde Indienstbelaßungen. Wir hatten in jenem Winter als Kreuzergeschwader, Schulschiffe und Stationschiffe im Auslande gleichzeitig 7 Kreuzerfregatten, 5 Kreuzerfortetten, 4 kleine Kreuzer, 3 Kanonenboote, 1 Segelbrigg und 1 Aviso in Konstantinopel. Dafür verblieben in der Heimat nur als Wachtschiffe die beiden schon damals veralteten Panzerschiffe „Friedrich Karl“ und „Hansa“, als Stammschiffe S. M. S. „Baiern“ und ein Panzerkanonenboot, sowie die Schulschiffe „Mars“ und „Blücher“ in Dienst. Jetzt werden im Dezember 2 Panzerkreuzer, 3 Kreuzer II. Klasse, 2 Kreuzer III. Klasse, 6 Kreuzer IV. Klasse, 2 Kanonenboote, 4 ältere Schulschiffe, 1 Verneufungsschiff und 1 Stationär in Konstantinopel außerhalb der heimischen Gewässer sein, während zugleich noch 7 Panzerschiffe mit 2 Avisos als Geschwader, 4 Krüftenpanzerschiffe der Siegfriedklasse, 2 weitere Avisos, 6 Torpedobatteries und Minenschul- und Versuchsschiffe und die Torpedobootsdivision in der Heimat im Dienste bleiben.

Daß es bei uns besüßlichen Schiffe im Winter nicht ihr vollständiges Offizierkorps am Bord haben können, liegt an den Winterommandirungen zur Marineakademie, zur Zentralturmschule, zu den Kommandostellen in Berlin und an den Beurlaubungen der im Dienst und besonders im Auslande erkrankten Offiziere. Die hohe Inanspruchnahme von Material und Personal in unserer Marine ist überall bekannt und hat durch ihre Folgen auf die Ausbildung des Offizierkorps und die Manuschriften unserer kleinen Marine stets die Ächtung der anderen Seemächte erungen. Daß mit den hohen Anforderungen aber zugleich schnellere Abnutzung verbunden sein muß, ist klar, und so sehen wir z. B. als Rest von fünf Jahrgängen 1874–78 eingestellter Seekadetten jetzt im Ganzen noch 65 jüngere Korvettenkapitäne und ältere Kapitänleutenants im aktiven Dienst. Wir hatten in jener sehr sparsamen Periode allerdings jährlich nur zwischen 24 und 36 Kadetten, statt wie früher 40 bis 50 eingestellt, sodas in einem späteren Jahre sogar der Fall eintrat, daß der Abgang durch Tod und Verabschiedung der Zahl der Ernennung von Seekadetten zu Offizieren gleichkam. Seitdem ist die Zahl der Einstellungen wieder gestiegen und nähert sich immermehr der Hundert. An Zubruch zur Seeeffizierlaufbahn hat es uns bis jetzt nicht gefehlt.

ich, 29. November. Su de

Grube „Font de Piquette“ griffen ausländische Bergleute heute früh ausländische, angeblich deutsche Grubenarbeiter, die sich weigerten, die Arbeit niederzulegen, an. In dem darauf entstandenen Kampfe fielen Revolverwürste. Zwei der ausländischen Arbeiter wurden verwundet; der eine erhielt einen Schuß in den Kopf, dem anderen wurde der Arm zerhackt. Die Gendarmerie stellte die Ordnung wieder her und besetzte die Grube. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Die Enthüllung des Goethe- Denkmals.

Diesem Gehrmann, der ruhig lebst ans Reich der Ideale, haben wir heute ein Denkmal errichtet und haben es hingestellt in die Nähe der Kirche mit ihrer Orgel, die Lewe so sehr liebt, haben es aber auch hingestellt mitten in das Wogen und Treiben des täglichen Lebens, der täglichen Arbeit. Und das nicht ohne Absicht. Wir wünschen, daß wer da vorbeihastet und einen Blick auf Meister Glümers Werk wirft, sich erinnern möge, daß über der Sorge um des Lebens Nothdurft und Nahrung ein höheres, ein ideales Leben steht, das Reich des ewig Wahren, Guten und Schönen, das Reich der Wissenschaft und Kunst. Aber Wissenschaft und Kunst, alles ideale Leben kann nicht gedeihen, wenn nicht ist Friede in uns und Friede um uns. Den Frieden in uns kann uns Keiner bringen, den muß ein Jeder sich selbst erringen, den Frieden um uns haben unsere Kaiser uns gebracht und erhalten. Auch unser jetziger Kaiser hat durch Wort und That bewiesen, daß er den Frieden uns bewahren will, so lange als es die Ehre und die Würde Deutschlands erlaubt, damit Handel und Wandel, Kunst und Wissenschaft, reales und ideales Leben blühe und gedeihe im deutschen Vaterland. Für solches Ahn sagen wir unserm Kaiser jeder Zeit und auch heute noch, der Friede in uns und um uns.

Die alten Germanen waren bekanntlich
in Briefe des Römers Tacitus bereits ein
erleidendes Volk, wie es dann auch in
bekannten Studententexte heißt: „Die alten
Germanen saßen an beiden Ufern des Rheins
auf Bärenhäuten und tranken immer
Bier.“ Auch die wilden Völkerschaften
trinken seit den ältesten Zeiten mit Vor-
liebe, insbesondere die Stämme. Unter den
Mischthalen wird dort ein Bier aus Mais
aus Weibern gebrannt. Dieses Wohl-
tätig wird zwischen nassen Tüchern so lange
getrunken, bis es zu feinen beginnt, und dann ge-
braucht. Darauf wird das Malz gefoght und
die weiche Flüssigkeit durch ein Flechtwerk
aus Filz und zum Wahren bei Seite ge-
bracht. Anstatt der Hefe verwendet man die ge-

ber 59,00, per Dezember 59,00, per Ja-
ar=April 59,25, per Mai=August 58,00. Spi-

rch einen Säbelhieb der Kopf gespalten. Der
athalter richtete an den Bürgermeister ein
kreißer in welchem er die Forderung